

# Beilage zu Nummer 212 der Volksstimme.

Samstag den 9. September 1916.

## Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 9. September.

### Generalversammlung der Bau- u. Erwerbsgenossen- schaft „Arbeiter-Gesellschaftshaus“ Wiesbaden.

Am Donnerstag fand im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung der Bau- und Erwerbsgenossenschaft statt. Den Vorsitz über das abgelaufene 11. Geschäftsjahr erstattete der Geschäftsführer Genosse Jörg. Die Geschäftsleitung hatte mit sich steigenden Schwierigkeiten zu rechnen. Nur äußerste Sparlichkeit nach allen Seiten war es möglich, den vorliegenden Geschäftsabrechnung zu ermöglichen und trotz noch Abrechnungen auf das Haus mit 800 Mark und das Inventar mit 1200 Mark vorzunehmen. Die Bilanz vom 1. April 1915 bis 1. April 1916 in Aliva und Wa mit 184 624.14 Mark, das Gewinn- und Verlustkonto mit 323.11 Mark ab. Der Gesamtumsatz im Wirtschaftsjahr betrug 62 794 Mark, während im Vorjahre noch ein Überschuss von 81 339.98 Mark zu verzeichnen war. Allein der Umsatz an Bier ist von 33 895 Mark im Jahre 1914/15 auf 108 Mark pro 1915/16 zurückgegangen. Der Fremdenverkehr weist ebenfalls einen rapiden Rückgang auf. Im Jahre 1914 betrug der Fremdenverkehr noch 4133 Personen, im Jahre 1915 waren es noch 2580, und im Jahre 1916/17 auf 509 Personen zurückgegangen. Dementsprechend auch die Einnahmen für Pausen bedeutend weniger wie im Vorjahre, wo noch 3863.20 Mark als Einnahme zu verzeichnen waren, während im Geschäftsjahr nur 2977.85 Mark gezahlt wurden. Das Geschäftsjahr der 502 vorhandenen Mitglieder betrug am 31. März 1916 3427.50 Mark, die Gesamteinnahme 5400 Mark. Unter Berücksichtigung der fortgesetzten Preise für Lebensmittel, Bier und Zigarren und schwachen Verkehrs in der Wirtschaft, hervorgerufen durch Einberufungen der Gewerkschaftsmitglieder zum Meeresurlaub, war ein besseres Geschäftsergebnis nicht zu erwarten. Der Gewinn konnte daher im Geschäftsjahr nicht erzielt werden. Zu bemerken ist noch, daß in den letzten Monaten des Jahres die Einnahmen wieder gestiegen sind. Falls die unvorhergesehenen Schwierigkeiten eintreten, ist für das Geschäftsjahr ein etwas allseitiger Rückschlag zu erwarten. Der Bericht des Aufsichtsrates gab der Vorsitzende Genosse Dietrich, Aufsichtsrat und Vorstand haben gemeinsam alles getan, was notwendig war, um das Interesse der Genossenschaft zu wahren. In der Diskussion sprachen die Herren Gaele, Holzhauser, Karl Bauer und Kessel. Sämtliche Redner sprachen der Geschäftsführung für ihre Tätigkeit volle Anerkennung aus. Ein günstigerer Abschluß war der ganzen Geschäftslage nicht zu erwarten. Es ist auch schwer, Vorschläge zu machen, wie das Geschäftsergebnis verbessert wäre. Die Geschäftskosten sind nach jeder Hinsicht so weit herabgedrückt, daß weitere Verbesserungen zu machen sind. Die einzige Möglichkeit wäre noch, die Miete durch die Gewerkschaften zu erhöhen und für die Miete des Verkehrs im Hause eine reine Propaganda in Geschäfts- und Arbeiterkreisen zu entfalten. Im letzteren Fall könnte noch manches geschehen. Es wurde daher die Miete des Hauses ausgeschrieben, daß das Haus durch den regelmäßigen Besuch der Gewerkschafts- und Parteigenossen zu ankurbeln sei, um so über diese schwere Kriegszeit hinwegzukommen. Jeder organisierte Genosse kann seinen Teil mit zu beitragen, um den Gewerkschaften das Haus zu erhalten. Die Genehmigung der Jahresrechnung erfolgte einstimmig. Ebenfalls wurde der Bericht des Verbandsrevisors Josef Metzger über die stattgefundene Revision gelesen und angenommen. Die Erklärungen für die ausstehenden Vorarbeiten und Aufsichtsratsmitglieder wurden vorgenommen. Genosse Kessel als Vorstandsmitglied, sowie die Genossen Scholz und Witting als Aufsichtsratsmitglieder wiedergewählt. Als Ersatzleute im Aufsichtsrat sind die Genossen Kress, Kessler und Gaele gewählt. Angeregt wurde noch, das Haus eine Nachtalode anzubringen.

### Gegen den Obstwucher.

In der „Braunschweigischen Landeszeitung“ schreibt ein Kennerbegriff:  
Schreiber dieser Zeilen, der auf dem Lande wohnt und eine Anzahl guttragender Zwetschenbäume sein eigen nennen darf, hat vor wenigen Tagen zu seiner größten Enttäuschung erfahren, daß man den Preis von 18 Mark für den Zentner Zwetschen ab Gärten fordert und auch — was ganz unbillig ist — zugestanden erhalten hat. Als er dies hörte, hat er sofort solchen Preis als Buchpreis erklärt und gegen solche Preisbildung darf unter keinen Umständen gebuldet werden. Bei einer solchen Zwetschenmenge, wie sie dieses Jahr gewachsen ist, und zwar doch ohne Zutun der Besitzer, ohne teure Betriebskosten usw., ist es geradezu furchtbar, daß ein Bucher, die Zwetschen so teuer sich bezahlen lassen zu wollen. Will man wegen der Kriegszeit, die alles verteuert hat, auch die Zwetschen teuer verkaufen, als man es sonst in einem solchen Zwetschenjahr tun würde, so mag man immerhin ab Gärten 5 bis 6 Mark für den Zentner nehmen, mehr aber auf keinen Fall. Dann verdient man noch genug. Man kann sie auch noch billiger weggeben.  
Wer leider machen sich nur zu viele gar keine Gewissensbisse daraus, die Preise auch für das in die Höhe zu schrauben, was in Mengen vorhanden ist. Und leider werden sie darin bestärkt, denn sie finden trotz der hohen Preise immer eine Menge Abnehmer. Solchem Bucher sollten unsere Behörden mit aller Schärfe entgegenzutreten. Es geht sie doch entschieden etwas an, was das Volk für seine Versorgung mit Obst ausgeben muß. Denn das Obst ist doch ein entbehrlicher Luxus, sondern notwendig für Ernährung. Darum sei an das neue Landesnährungsamt die dringende Bitte gerichtet, beiseite sich dieser wichtigen Angelegenheit anzunehmen.  
Doch auch die Kessel kurzzeitig viel zu teuer verkauft werden, noch erwähnt! Wenn, wie man hört, in Braunschweig der Grubensteiner Kessel mit 50 Mark — es soll noch mehr dafür gezahlt sein — verkauft wird, so ist das auch ein Preis, der in seinem Verhältnis zu der guten Ernte an solchen Obst steht. Ob die Behörde niedrige Preise als Höchstpreise festsetzt oder sonstige Maßnahmen zur Verhinderung von Preissteigerungen trifft, bleibt sich gleich. Jedenfalls muß sie aber um die Obstpreise kümmern und dafür sorgen, daß es niemand unmöglich wird, sich Obst zu beschaffen.

Die Regierung hat Höchstpreise für Zwetschen festgesetzt. Beim Verkauf durch den Erzeuger beträgt der

Höchstpreis 10 Mark. Zu dieser Preisfestsetzung hat man sich erst nach „schweren Bedenken“ entschließen können. Der Braunschweiger Produzent, der es auch für berechtigt hält, wenn die Zwetschen teurer verkauft werden als sonst, hält einen Preis von 5 bis 6 Mark für den Zentner für hoch genug. Mehr darf nach seiner Meinung auf keinen Fall genommen werden. Daran ist zu erkennen, daß auch der Höchstpreis noch viel zu hoch festgesetzt ist; die Preise aber, die schon vorher durch die Spekulation gebildet waren, die zum Teile das Doppelte des festgesetzten Höchstpreises ausmachten, sind Bucherpreise der allerhöchsten Art.

Für die Kessel ist noch nichts festgesetzt, hier herrscht noch das freie Spiel der Kräfte. Wenn für einen Zentner Grubensteiner im Großhandel 50 Mark gezahlt werden, dann werden die kleinen Beamten und andere Minderbemittelte, die keine Kriegsgeschäfte machen können, von dem Reichtum der Obstkörner nichts bekommen können. Alles im Reichen der sogenannten „Ernährungsfürsorge“.

Zum gleichen Thema schreibt der Berliner „Vokal-Anz.“: „Allgemeines Erstaunen ruft in der Bevölkerung die Preise hervor, die man in den Städten den Verbrauchern für das diesjährige Obst abzunehmen für auf befindet. Das Erstaunen über das Entsetzen dieser Preise ist um so größer, als dem Deutschen Reiche diesmal ein wahrer Fruchtsegen beschert worden ist: alle, die in diesen Ferien draußen waren, haben sich überzeugen können und können sich noch zur Stunde überzeugen, daß die Kessel- und Pfäumenbäume unter der Last ihrer Früchte zu brechen drohen. Auch das Obst so fest ab, ebenso wie das Fleisch, das reichlich Dreifache des Friedenspreises. Und warum? Von einer Verteuerung der Unkosten in dieser Höhe kann beim Obst gar keine Rede sein. Die Preise werden einfach so hoch getrieben und von allen Interessenten so hoch gehalten, weil alles andere ebenfalls hoch im Preise steht, weil die Bevölkerung beim Mangel anderer Lebensmittel auf einen gewissen Obstverbrauch angewiesen ist, und weil sich niemand geniert, der Bevölkerung genau so viel abzunehmen, als sich aus den Verbrauchern gerade noch herausziehen läßt.“

Bekanntlich ist der Berliner „Vokal-Anzeiger“ ein Blatt, welches mit der Milch gekaut wird, welche Schiller die Milch der frommen Denkart nennt; aber die augenblicklichen Obst- und Fleischpreise sind selbst ihm zu viel. Und er hat schon recht mit seiner Feststellung der Gründe: warum das Obst so teuer ist! Nur, daß er noch hätte hinzufügen können, daß eben solche Gründe keineswegs ehrenhaft, sondern schmachvoll sind! Und daß es unbegreiflich ist, daß gegen diesen Bucher nichts geschieht. Aber nach der Ansicht gewisser Leute leiden ja die Produzenten und Händler so furchtbare Not!

Eine dementierte Marmelade. In einer von der B. Z. verbreiteten Notiz über Vergiftungen durch rumänische Mele erfahren wir von sachverständiger Seite, daß zu irgend welcher Verantwortung kein Grund vorliegt. Von einer absichtlichen Vergiftung kann keine Rede sein, da große Quantitäten der rumänischen Mele ohne Schaden für das Vieh verfüttert worden sind. Ob die verschiedenen von der B. Z. gemeldeten Fälle von dem Eingehen von Schweinen überhaupt auf das Verfüttern von rumänischer Mele zurückzuführen sind, ist noch nicht erwiesen. In dem Ansehender Fall jedenfalls ist durch amtliche Untersuchungen festgestellt worden, daß das Sterben der Schweine nicht auf das Verfüttern der rumänischen Mele zurückgeführt werden kann.

Höchstpreise für Obstfabrikate. In einer von der B. Z. verbreiteten Notiz über Vergiftungen durch rumänische Mele erfahren wir von sachverständiger Seite, daß zu irgend welcher Verantwortung kein Grund vorliegt. Von einer absichtlichen Vergiftung kann keine Rede sein, da große Quantitäten der rumänischen Mele ohne Schaden für das Vieh verfüttert worden sind. Ob die verschiedenen von der B. Z. gemeldeten Fälle von dem Eingehen von Schweinen überhaupt auf das Verfüttern von rumänischer Mele zurückzuführen sind, ist noch nicht erwiesen. In dem Ansehender Fall jedenfalls ist durch amtliche Untersuchungen festgestellt worden, daß das Sterben der Schweine nicht auf das Verfüttern der rumänischen Mele zurückgeführt werden kann.

1000 Mark Belohnung. In der Adelsstraße 76 wurden in der Nacht von Montag auf Dienstag 500 Eier, 10 Flaschen Wein, Schinken und Wurst gestohlen. Die Diebe wurden anscheinend genau, wo etwas zu holen war.

Reisende-Theater. Das neue Lustspiel „Das Mädchen aus der Fremde“ von Max Bernstein und R. Keller gelangt in der nächsten Woche am Montag, Mittwoch und Freitag zur Aufführung. Dienstag geht auf vielfaches Verlangen der erfolgreiche Schwan „Herrschlicher Diener gesucht“ in Szene und am Donnerstag wird „Die rätselhafte Frau“ wiederholt, welches geistreiche Lustspiel sich immer mehr Freunde erwirbt. Nach längerer Pause wird am Samstag Sundersmanns Schauspiel „Stein unter Steinen“ wieder in den Spielplan aufgenommen. Max Dreners neuestes Werk „Die reiche Frau“ wurde soden vom Residenz-Theater zur Aufführung angenommen.

Diebstahl. In der Adelsstraße 76 wurden in der Nacht von Montag auf Dienstag 500 Eier, 10 Flaschen Wein, Schinken und Wurst gestohlen. Die Diebe wurden anscheinend genau, wo etwas zu holen war.

## Aus den umliegenden Kreisen.

### Altiengeellschaften und Kriegsgewinne.

Die Bürgermeisterin Rühlheim a. M. sieht sich veranlagt, folgende Eingabe an den hiesigen Landtag zu richten: „Die Firma Offenbacher Schrauben-Industrie G. m. b. H., Sitz Rühlheim, deren alleiniger Inhaber der in Frankfurt a. M., Gartenstraße, wohnende Paul Reh ist, hat kurz nach Kriegsausbruch die Herstellung von Geschossteilen für die Heeresverwaltung aufgenommen. Die Firma erzielte von Anfang Oktober 1914 bis 30. Juni 1915 einen Reingewinn von 3 1/2 Millionen Mark. Die Firma hätte bei dem Steuerjahr von 176 Prozent eine Einkommensteuer von 337 000 Mark an die Gemeinde Rühlheim für die Zeit vom 1. April 1916 bis 31. März 1917 zu entrichten. Der Inhaber dieser Firma zog es vor, und anscheinend aus ganz bestimmten Gründen, um die Staats- und Gemeindesteuer zu umgehen, eine Änderung der Gesellschaftsform vorzunehmen; die Gesellschaft mit beschränkter Haftung ging am Ende Juni 1916 in Liquidation — die bisherigen Leiter der Firma, Paul Reh und Josef Weidenburger, wurden als Liquidatoren bestellt — und anstelle dieser Gesellschaft wurde unter der Firma Offenbacher Schraubenindustrie Reh eine offene Handelsgesellschaft gegründet. In Anbetracht des in dreieinhalb Jahren erzielten Reingewinnes von über 3 1/2 Millionen Mark und mit Rücksicht auf die umfangreichen Aufträge der Heeresverwaltung kann für die Zeit vom 1. Juli 1915 bis 30. Juni 1916 mit einem Reinge-

win von mindestens 8—10 Millionen Mark gerechnet werden. Dieser Reingewinn floß der aufgelösten Firma zu. Infolge Änderung der Gesellschaftsform kann nach dem bestehenden Einkommensteuergesetz dieser im Geschäftsjahre 1915—16 erzielte Reingewinn niemals mehr zur Besteuerung kommen und entgeht somit dem Staat und der Gemeinde eine Steuereinnahme von nahezu zwei Millionen Mark. Daß in dieser schweren Zeit und bei den hohen Anforderungen, die an Staat und Gemeinde gestellt werden, ein solcher Steuerausfall für beide Teile sehr empfindlich ist, brauchen wir wohl nicht näher zu erläutern. Sider wird es allgemein als ein großes Unrecht empfunden, wenn derartig hohe Gewinne der Besteuerung entzogen werden, während auf der anderen Seite den übrigen und zum größten Teil kleineren Steuerzahlern höhere Lasten auferlegt werden müssen. Welche Änderung die am 1. Juli 1916 in Kraft getretene neue Firma nach Ablauf eines guten Geschäftsjahres treffen wird, steht wohl noch nicht fest. Es ist aber nach Lage der Verhältnisse anzunehmen, daß die offene Handelsgesellschaft in eine Aktiengesellschaft oder dergleichen geändert wird, wodurch wieder ein Steuerausfall hervorgerufen würde. Veranlaßt durch diese Verhältnisse und vertrauensvoll auf den Gerechtigkeitssinn der hohen Ständekammer, bitten wir:

„Hohe Kammer wolle beschließen, bei der Großherzoglichen Regierung zu beantragen, die bisherige Gesetzgebung, nach der die Möglichkeit besteht, daß hohe Kriegsgewinne durch verbotene Manipulationen der Einkommenbesteuerung entzogen werden können, durch Erlass eines Gesetzes dahin zu ergänzen, daß auch in Fällen genannter Art der seit 1. April 1914 erzielte Reingewinn zur Einkommensteuer herangezogen werden kann.“

Der gute, treue Michel wird die Augen aufmachen, wenn er sieht, wie hier auf der einen Seite Millionenverdienste erzielt, auf der anderen Seite diese Verdienste der Besteuerung entzogen werden. Ob wohl Herr Generaldirektor Wallin, wie er kürzlich in einer seiner Reden ausführte, auf ewige Zeiten recht behalten wird?

Griesheim, 9. Sept. (Kommunales.) Nach dem Vorbild vieler Städte hat auch der hiesige Gemeinderat beantragt, die bisherige Grundsteuer von 6 und 9 Mark auf 20 und 30 Mark zu erhöhen. Hausbesitzer und Alleinbewohner eines Hauses, wo der Hund als Bewachung in Betracht kommt, zahlen 20 Mark, alle übrigen Grundbesitzer sollen 30 Mark bezahlen. Rücker von rassenreinen Hunden bezahlen 30 Mark, haben aber den Vorzug, daß Hunde unter 1 Jahr nicht versteuert werden. Unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse beantragt Genosse Weber, eine Einheitssteuer von 25 Mark und für jeden weiteren Hund 40 Mark festzusetzen. Der Antrag wird nach längerer Ausdrache angenommen. Gleichfalls durch die Kriegswirren hervorgerufen ist eine zweite Vorlage des Gemeinderats, die von der Regierung befürwortet wird und die Abänderung der Umfab- und Wertzuwachssteuer betrifft. Der § 6 dieser Steuerordnung soll folgenden Nachtrag erhalten: Der Gemeinderat ist befugt, diese fällige Steuer aus Billigkeitsgründen ganz oder teilweise zu erlassen. Er kann hiervon insbesondere in den Fällen Gebrauch machen, in denen ein Hypotheken- oder Grundschuldgläubiger das ihm verpfändete Grundstück oder Recht zur Vermeidung des sonst unabweisbaren Zwangsversteigerungsverfahrens freibändig erwirbt. Dieser Antrag fand allgemeine Zustimmung, da ja auch der Hausbesitz durch Mietverluste in Mitleidenschaft gezogen ist. Die Bedenken des Genossen Senzgeroth, daß auch diejenigen Besitzer, die ihre Objekte gewissermaßen künstlich belastet haben, hiervon Gebrauch machen können, werden von Bürgermeister Wolff dahin beantwortet, daß keinerlei Schiebungen vorkommen können. Zur Ergänzung der Kriegsfürsorgekommission werden von der Gemeindevorstehung die Herren Mahler und Weber (letzterer war seither Vertreter der Gewerkschaften), von dem Gemeinderat die Herren Hafner und Kessel bestimmt. Genosse Weber ging nochmals auf die ganze Lebensmittelversorgung ein und forderte den Gemeinderat auf, mehr Energie zu zeigen. Bürgermeister Wolff erwiderte, das sei alles ganz schön, aber mehr für die Gemeinde zu erreichen, sei ihm unmöglich. Die Milchversorgung regte Genosse Senzgeroth an. Aus den Verhandlungen, die Bürgermeister Wolff mit den Milchhändlern gepflogen hat, und aus den interessanten Mitteilungen, die er machte, ist zu schließen, daß die Einnahmen gründlich hineinselektiert worden sind und daß trotz der Preise von 35 Pfennig keine Milch zu haben ist. In der Schreberparkanlage an der Hofstraße teilte Bürgermeister Wolff mit, daß sich 293 Reflektanten gemeldet haben. Er können aber nur 36 berücksichtigt werden. Aus diesem Grunde habe er sich mit dem Weibchenstift in Verbindung gesetzt, das den unteren Teil des Lannenswäldchens zu einer weiteren Anlage zur Verfügung stellt. Dieser Komplex soll eingezäunt und mit Wasser versehen werden; die Kosten (5000 Mark) werden genehmigt.

Stüttengesäß, 9. Sept. (Ein trauriges Geschehnis) hat die Familie des Landwirts Gg. Reichardt betroffen. Nachdem die bedauernswerten Eltern vor kurzem einen 7-jährigen Jungen durch den Tod verloren, ist nunmehr ihr 13-jähriges Töchterchen auf schreckliche Weise ums Leben gekommen. Das Kind spielte an der Zaubergrube, öffnete dabei den Verschluß und fiel hinein. Die ältere Schwester deckte die Grube später ahnungslos wieder zu. Als man das Kind am Abend vermisse und der Vater die Grube mit einem Gabel absuchte, zog er zu seinem Schrecken die Leiche seines Kindes heraus.

Hüdesheim (Helm), 8. Sept. (Hund als Hasenmarder.) In den letzten Nächten wurden den Hasenzüchtern in der hiesigen Gemeinde ganze Hasenbänke vernichtet; so wurde einem einzigen Manne seine sämtlichen Hasen, 20 prächtige Tiere, fortgeschafft. Als Hasendieb ist jetzt ein Hund ermittelt worden, dessen zerstücktes Halsband man vorfand. Der vierbeinige Dieb wurde erschossen.

Marburg (Bahn), 8. Sept. (Auge fürzt.) Auf einem Neubau führte heute früh der Betonarbeiter Appel aus Langelbach ab. Der Verunglückte war sofort tot.

Dillenburg, 9. Sept. (Die Nahrungsmittel-Richt-Versorgung) der Einwohner Dillenburgs nimmt nachgerade Formen an, die auch den Langmütigsten in den Harnis bringen können. Einschränkungen, die durch die Zeit bedingt sind, nimmt jeder Einsichtige in Kauf, daß aber dank der Tatenlosigkeit der maßgebenden Behörde der Bevölkerung auch das verweigert bleibt, was man allwärts haben kann, ist ein Zustand, der nach Abhilfe schreit. Ueberall sind Festkarten eingeführt, nur in Dillenburg hört und sieht man nichts von einer dergleichen Regelung. Die minderbemittelte Bevölkerung befindet sich tatsächlich seit langen Wochen ohne eine Krume Speisefett. Wer sich nicht gerade einen Rath

